Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 4—6 Uhr.
Für die Rückgabe unverlangter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 22,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 16,600.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.,
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter den Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 112. Freitag den 22. April 1881. 75. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Wir sehen uns veranlaßt, die für Ausführung der Privatschleußen und Fallrohrunterführungen bestehenden Bestimmungen in Erinnerung zu bringen:

1. die Ausführung der Privatschleußen außerhalb der Privatgrundstücke auf öffentlichen Straßen und Plätzen, sowie die Einführung derselben in die Hauptschleußen hat lediglich durch den Rath auf Kosten der betr. Grundstücksbesitzer zu geschehen; und zwar gilt dies sowohl von den zur Abführung der Küchen-, Wirthschaftswässer u. dergl., als auch von den zur Ableitung der Traufe- oder Fallrohrwässer unter den Fußwegen hinweg dienenden Beischleußen;
2. der der Ausführung hat der betr. Grundstücksbesitzer die veranschlagten Bauschkosten einzuzahlen;
3. die Ableitung der Traufe- oder Fallrohrwässer unter dem Straßenkörper in die Hauptschleußen mittelst besonderer Beischleußen muß bei Vornahme von Neubauten und Umbauten, vor jeder Neulegung oder Umlegung von Granit-Trottoirplatten, bei Erbauung bez. Wiederherstellung von Hauptschleußen und Beischleußen und endlich vor Neupflasterung oder Umpflasterung von Straßen und Straßentracten erfolgen und ist deshalb bei uns rechtzeitig Antrag zu stellen;
4. Säumige oder Zuwiderhandelnde werden mit einer Geldbuße bis zu 60 Mark oder entsprechender Haft bestraft, und haben außerdem zu gewärtigen, daß auf ihre Kosten von Amtswegen die obigen Herstellungen ausgeführt, bez. eigenmächtig ausgeführte Anlagen nach Befinden wieder beseitigt werden.

Leipzig, den 10. März 1881.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Dr. Wangemann.

Erste Bürgerschule für Knaben.

Die Aufnahme der neu angemeldeten Schüler findet **Montag, den 25. April, Vormittags 10 Uhr** im Schulsaale statt.

Leipzig, den 21. April 1881. **C. Reimer, Director.**

Dritte Bürgerschule für Knaben.

Die Aufnahme der neuintretenden Zöglinge findet für alle Classen **Montag, den 25. April Vormittags 9 Uhr** im Schulsaale statt.

Director Karl Richter.

Zur Feier des Geburtstages Sr. Majestät des Königs von Sachsen wird **Sonnabend, den 23. April d. J., Mittags 2 Uhr** ein **Festmahl** im hiesigen **Schützenhause** stattfinden.

Diejenigen Herren, welche sich daran betheiligen wollen, werden ersucht, die Tafelkarten à 4 Mark bis zum Abend des 22. dss. Mts. auf unserer Nuntiatur im Rathhause zu entnehmen.

Daselbst werden auch Bestellungen auf Tafelplätze angenommen. Ohne vorherige Bestellung werden Plätze nicht reservirt.

Leipzig, den 11. April 1881.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Dr. Wangemann.

Zu der akademischen Feier des Geburtstages
Seiner Majestät des Königs,
welche Sonnabend, am 23. dss., Vormittags 11 Uhr, in der Aula der Universität stattfinden wird, beehrt sich der Unterzeichnete die Freunde und Gönner der Universität hiermit ergebenst einzuladen.

Leipzig, den 21. April 1881.

Der Rektor der Universität.
D. Luthardt.

Bekanntmachung.

Die Herstellung der tiefergelegten Fahrstraße der Hospitalstraße vor dem Postgrundstück ist vergeben und werden die unberücksichtigt gebliebenen Herren Bewerber hiervon in Kenntniß gesetzt.

Leipzig, am 19. April 1881.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Trömdlin. Eichorius.

Städtische Gewerbeschule.

Der Unterricht im Sommersemester 1881 beginnt
Montag, den 25. April cr.;
der Tagescursus früh 7 Uhr,
der Abendcursus um 7 Uhr.

Leipzig, am 20. April 1881. Der Director: Nieper.

Städtische Fortbildungsschule für Mädchen.

Sämmtliche Schülerinnen haben sich Dienstag, den 26. April, früh 8 Uhr im Vorterrealsaale (Thomaskirchhof 22) einzufinden; die neu angemeldeten haben ihre Zeugnisse, sowie Papier und Feder mitzubringen.

Leipzig, den 21. April 1881. C. Reimer, Dir.

Erste Bezirksschule.

Die feierliche Aufnahme der angemeldeten Kinder findet **Montag, den 25. April c., Vormittags 9 Uhr** im Schulsaale statt.

Robert Krauß, Director.

In dem Nachlasse der in der Nacht vom 31. März zum 1. April 1881 heimgesuchten Mutter ermordeten **Minna Kreußler** hier werden außer den von dem hiesigen Polizeiamt in Nr. 98 dieses Blattes veröffentlichten Creditpapieren noch

ein Portemonnaie mit Silberbeschlägen,
eine braune Börse mit Stahlperlen,
eine goldene Brille,
ein goldener Klemmer,
ein Paar Kinder-Ohrringe mit Korallen,
ein Paar Ohrglocken,
ein Granatschmuck (an einem Sammetband befestigt),
eine Wäschplätte, sowie
ein hölzernes Kreuz, in eingelegten Steinen, das Bildniß Christi enthaltend,

vermißt.

Im Interesse der eingeleiteten Untersuchung wird **dringend ersucht, sofort** anher mitzutheilen, was etwa über den Verbleib dieser Gegenstände bekannt sein oder bekannt werden sollte.

Leipzig, den 20. April 1881.

Der Königliche Staatsanwalt.
Brückner.

Bekanntmachung.

Wegen Reinigung der Geschäftslocalitäten der unterzeichneten Behörde bleiben dieselben
Montag, den 25. gegenwärtigen Monats geschlossen.

Leipzig, den 21. April 1881.

Königl. Bezirks-Steuer-Einnahme.

Erste Städtische Fortbildungsschule für Knaben.

Die **Anmeldungen** zum Besuche der **Ersten Städtischen Fortbildungsschule** (im Gebäude **der 3. Bürgerschule,** Grimmaischer Steinweg 17/18) werden in den Tagen von Montag bis Freitag, den 25. bis 29. April dieses Jahres, entgegengenommen und zwar am Montag von 10—1 Uhr Vormittags und an den folgenden Tagen außer zu diesen Stunden auch Nachmittags von 4—6 Uhr. In den **Vormittagsstunden** wollen namentlich aus **hiesigen** Schulen Entlassene, des **Nachmittags von auswärts** Gekommene sich anmelden.

In den **Bezirk der ersten** Fortbildungsschule gehören diejenigen Schüler, welche an folgenden Straßen der Stadt wohnen:

Antonstraße, Auenstraße, Augustusplatz, Bahnhofsgäßchen, Bahnhofstraße, Barfußgäßchen, Berliner Straße, Blücherplatz, Blücherstraße, Blumengasse, Böttchergäßchen, Brühl, Carlstraße, Dittrichringstraße, Dresdner Straße, Eberhardstraße, Eisenstraße, Eisenbahnstraße, An der alten Elster, Erlenstraße, Eutritzscher Straße, Exerzierplatz, Färberstraße, Feligstraße, große und kleine Fleischergasse, Fleischerplatz, Frankfurter Straße 29 b/33 b und 44/bb, Fregestraße, Gartenstraße, Gellertstraße, Georgenstraße, Gerberstraße, Gerichtsweg, Goethestraße, Goldhahngäßchen, Gothisches Bad, Grimmaischer Steinweg, Grimmaische Straße, Gustav-Adolf-Straße, Hainstraße, Hallesche Straße, Hallmannstraße, Humboldtstraße, Jakobstraße, Inselstraße, Johannisgasse, Katharinenstraße, Kellerstraße, Klostergasse, Königstraße, Kreuzstraße, Kurze Straße, Lange Straße, Leibnizstraße, Lindenstraße, Löhrs Platz, Lohrstraße, Lortzingstraße, Marienstraße, Marienplatz, Markt, An der Milchinsel, Mühlenstraße, Naschmarkt, Neandorfchen, Neukirchhof, Nikolaistraße, Nordstraße, Nürnberger Straße 1/23 und 53/63, Packhofstraße, Parkstraße, Partheaustraße, Pfaffendorfer Straße, Platzstraße, Plauenscher Platz, Plauensche Straße, Poststraße, Querstraße, Rabensteinplatz, Rankisches Gäßchen, Rankischer Steinweg, Reichsstraße, Reudnitzer Straße, Ritterstraße, Rosenthalgasse, Vor dem Rosenthalthore, Roßplatz 12/18, Roßstraße, Salomonstraße, Salzgäßchen, Schützenstraße, Schuhmachergäßchen, Schulplatz, Täubchenweg, Tauchaer Straße, Thalstraße 1/9 und 29 b/32, Theatergasse, Theaterplatz, Töpferstraße, Thomasgäßchen, Uferstraße, Waldstraße, Wintergartenstraße, Torstraße, Zeitzerstraße.

Leipzig, den 21. April 1881. **J. W. Püschmann, Dir.**

Diejenigen Eltern,

deren Kinder zu Ostern 1883 in der evangelisch-reformirten Kirche confirmirt werden sollen, werden ersucht, dieselben in der Zeit vom 19. April bis 15. Mai d. J. anzumelden, und zwar die Knaben bei Herrn Pastor D. Dreydorff, die Mädchen bei Herrn Pastor Dr. Howard.

Selbstanmeldungen der Kinder werden nicht angenommen.

Leipzig, am 9. April 1881.

Das evangelisch-reformirte Pfarramt.

Nichtamtlicher Theil.

Leipzig, 22. April.

Die officiöse Presse hat die Wahlagitation auf der ganzen Linie begonnen. Auch die „Provinzialcorrespondenz" bespricht die politische Lage, indem sie an einen Artikel der „Nationalzeitung" anknüpft, welcher die „Wahrung der mitentscheidenden Stellung der Volksvertretung" und die „Wiederherstellung der Gleichberechtigung des Parlaments mit der Regierung", zumal im Hinblick auf die nächsten Wahlen, als die Aufgabe bezeichnete, zu deren Erfüllung sich alle Schattirungen des gesammten Liberalismus einigen müßten. Das halbamtliche Blatt schreibt mit Bezug hierauf:

Also die Besserung der äußeren Lebensbedingungen des Volks, die vernünftigere und zweckentsprechendere Vertheilung der Lasten und Abgaben, die größere Fürsorge für das Wohl der ärmeren und arbeitenden Classen sind Fragen von untergeordneter Bedeutung gegenüber der Frage nach dem Recht der Volksvertretung, welches man als bedroht oder bestritten hinstellt? Das wahre Glück der Nation soll darin bestehen, daß die Lehre von dem natürlichen Gegensatz zwischen Regierung und Volk, zwischen Ministern und Parlament wieder aufgefrischt wird und daß das Parlament sich wieder in den Zustand eines natürlichen Mißtrauens gegen die Regierung versetzt, welche letztere die wahren Interessen des Volks schmälere oder nicht verstehe!

Und aus welchem Grunde soll die unhaltbare, durch tausend Thatsachen, zumal bei uns, widerlegte Meinung von der Uebervortheilung des Volkes und des Parlaments durch die Regierung von Neuem verbreitet, aus welchem Grunde soll der „natürliche Kriegszustand zwischen Regierung und Volksvertretung" wieder hergestellt werden? Um wenigstens ein einziges Bindemittel für die sonst so verschiedenen Theile des Liberalismus zu haben und sich in dem schönen Bewußtsein von der Geschlossenheit der „großen liberalen Partei" wiegen zu können! Nur mit einem Zuwachs von zwanzig Mandaten, welche man vermittelst jenes Feldgeschreis in dem Wahlkampf erobern will, hofft man das schöne Ziel einer größeren Macht der Volksvertretung erreichen zu können!....

Man kann nun freilich die nationalliberale Partei für solche Rathschläge nicht verantwortlich machen, man darf vielmehr noch immer annehmen, daß das wirkliche Bestreben derselben nicht auf Kämpfe um Verfassungsfragen, sondern auf ein praktisch reformatorisches Wirken gerichtet ist. Wenn trotzdem jene Rathschläge aufkommen konnten, so ist vielleicht das Verhalten der Nationalliberalen nicht ohne Schuld. Eine Art Gehen- und Geschehenlassen, der Mangel an kräftigem, selbstständigem Eintreten für Das, was man längst gebilligt hat, das Bedenken, abhängig zu erscheinen, wenn man nicht anderen Sinnes ist, die Eifersucht auf Selbständigkeit, welche man dadurch bedroht sieht, daß die neuen Ideen von dem Kanzler und nicht von der Partei vorgeschlagen sind, die Klage über die Art und Weise des Vorgehens des Kanzlers, welcher nicht die nöthige Rücksicht auf einzelne Persönlichkeiten nehme, der Einwand, daß zu viel Reformen auf einmal geplant werden, als ob dieselben nicht alle auf das Innigste und untrennbar unter einander zusammenhingen, — alles Dies erschwert den Nationalliberalen einerseits ihre Stellung den Reformen gegenüber, wie es andererseits die nach links neigenden und am meisten vorgeschrittenen Elemente des Liberalismus zu Hoffnungen auf eine Bundesgenossenschaft mit den Nationalliberalen ermuthigt.

Es liegt im eigenen Interesse der Nationalliberalen, aus dieser Unklarheit bald herauszukommen und weder nach links zu ungerechtfertigten Hoffnungen Anlaß zu geben, noch nach der andern Seite den Eindruck zu machen, als sei ihnen das positive Schaffen für das Volkswohl gleichgültig geworden. Mögen sie sich auf die wahre Grundlage ihrer politischen Stellung und auf die Bedeutung besinnen, welche ihr früheres praktisches Wirken gehabt hat.

Das Sündenregister, welches das halbamtliche Blatt der nationalliberalen Partei ausstellt, ist ein wenig lang geworden; die „Eifersucht auf Selbstständigkeit" bei den Nationalliberalen ist aber noch stark genug, um die officiösen Censuren der „Provinzialcorrespondenz" mit Gelassenheit ertragen zu können.

Es wird jetzt allseitig angenommen, daß die Neuwahlen zum Reichstag erst im Herbst, im September oder Anfang October stattfinden, und es ist wohl auch der Wunsch aller Parteien, daß die Wahlen nicht in einer so ungünstigen Zeit wie der Sommer, welcher der Agitation wie der Betheiligung an der Wahl gleichmäßig hinderlich ist, angeordnet werden. Die Thatsache, daß mehrere Wochen ein gesetzmäßig bestehender Reichstag nicht vorhanden sein wird, kann bei der äußerst geringen Wahrscheinlichkeit, daß während dieser Zeit die Volksvertretung Anlaß hat, sich zu versammeln, nicht sonderlich ins Gewicht fallen. Sollte doch der unwahrscheinliche Fall eintreten, daß während des Sommers Anlaß gegeben würde, den Reichstag zu berufen, so müßten eben die Wahlen in aller Schleunigkeit vorgenommen werden, oder wenn gar kein Aufschub gestattet ist, so müßte ausnahmsweise einmal das Mandat des abgelaufenen Reichstags verlängert werden. Ueber diese Möglichkeiten braucht man sich einstweilen nicht den Kopf zu zerbrechen. Die Auflösung des Reichstags im Jahre 1878 hat die unerfreuliche Folge gehabt, daß die Wahlen zum Reichstag und zum preußischen Abgeordnetenhause, die sonst dicht hinter einander zu folgen pflegten, jetzt durch einen weiten Zwischenraum getrennt sind. Man kommt, besonders in Preußen, auf diese Weise aus der Wahlagitation gar nicht mehr heraus. Kaum ist der Reichstag gewählt, so müssen schon wieder die Vorbereitungen zu den Wahlen zum Abgeordnetenhause beginnen. Es steht damit in Aussicht, daß aus den gesetzgeberischen Arbeiten jener wahlagitatorische Zug gar nicht mehr verschwindet, der denselben jetzt in so merklicher Weise anhaftet.

Die Reichsregierung hat, wie nach Andeutungen von einer ihr nahestehenden Seite geschlossen werden muß, über die Wahlvorbereitungen der Socialdemokraten Mittheilungen erhalten, welche, wie anzunehmen, ihre Besorgniß erregen. Herr v. Puttkamer wird sich als Minister des Innern jedenfalls die Gelegenheit nicht entgehen lassen, in der Anwendung der Vollmachten, welche ihm das Socialistengesetz gewährt, bis an die Grenzen des Möglichen zu gehen. Ist es doch von ihm bekannt, daß er die Auslegung, welche sein Vorgänger Graf Eulenburg dem Ausnahmegesetz gab, stets für eine viel zu geniale hielt.

Die Ernennung des Capitain zur See Alexander Graf von Monts zum Contreadmiral wird in Marinekreisen den Gegenstand vielfacher Erörterung bilden und auch über diese Kreise hinaus Aufmerksamkeit erregen. Graf von Monts, dessen Name von der Kurfürsten-Affaire sehr unvortheilhaft bekannt ist, gilt dennoch als einer der ausgezeichnetsten Officiere der deutschen Flotte, dem deshalb eine große Zukunft in Aussicht gestellt wird. Durch sein jetziges Avancement wird die Lücke in der gedachten Officierchargе, welche zuerst mit dem Abgange des Contreadmirals Kinderling eintrat, wieder ausgefüllt. Unsere Marine zählt jetzt abermals vier Contreadmirale: Berger, Chef der Station der Nordsee zu Wilhelmshafen, Mac-Lean, zur Disposition der Ostsee-Station, Perzewinski, Commandant der Feste Friedrichsort, und endlich Graf Monts, dessen nähere Functionen noch nicht bestimmt scheinen.

Der Gang der Verhandlungen zwischen Berlin und dem Vatican ist in der jüngsten Zeit ein derartig beschleunigter geworden, daß man sich täglich auf Ueberraschungen gefaßt machen muß. Alle Nachrichten über eine Stockung in dem Ausgleichsversuchen oder gar über einen Abbruch derselben in Folge des Trierer Falles werden uns als verspätet bezeichnet. Solche Stockungen mögen für einen Moment bestanden haben, sie sind aber durch das schweigsame Verhalten der Curie überwunden worden. In liberalen Kreisen beobachtet man mit Spannung und zum Theil auch mit Sorge die Annäherung der Regierung an den Vatican. Man kennt jetzt die Vorschläge des letzteren in Bezug auf eine der schwierigsten Streitfragen, diejenige der Wiederbesetzung der erledigten Bisthümer, und die Befürchtung, daß Herr v. Puttkamer in seiner Milde zu weit gehen möchte, ist trotz der anscheinenden Festigkeit in dem Trierer Falle nur zu berechtigt. Die Curie bietet die Erhebung des ehemaligen Erzbischofs Melchers von Köln zum Cardinal und die Bestellung eines Coadjutors für den abgesetzten Bischof Förster von Breslau an, sie stellt auch für zwei der übrigen erledigten Stühle ihr größtes Entgegenkommen in Aussicht, aber sie bezeichnet eine Gegenleistung, die der Staat nicht gewähren kann, nämlich die Wiedereinführung des Grafen Ledochowski in das Erzbisthum Posen! Wie es heißt, haben die römischen Unterhändler ihrerseits die Unmöglichkeit betont, die polnische Nationalität durch ein Fallenlassen Ledochowski's aufs Bitterste zu verletzen. Die entgegengesetzten Gründe müssen aber auch für die Regierung maßgebend sein, die schwerlich vor den Polen das Schauspiel der tiefsten Demüthigung wird aufführen wollen. Es gilt nun allerdings nicht als ausgeschlossen, daß Papst Leo, welcher dem Cardinal Ledochowski persönlich wenig gewogen ist, den Posener Streitfall den höheren Interessen unterordnet, die ihm am Herzen liegen. Darauf deutet u. A. die Kühle, mit welcher neuerdings die ultramontane Presse die polnische Nation und deren Anliegen behandelt, dafür sprechen vor Allem die Stimmungsberichte, welche durch Vermittelung befreundeter Höfe und ihrer Diplomaten aus dem Vatican nach Berlin gelangen. Die Lage der Ausgleichsverhandlungen spitzt sich mehr und mehr zu einer Krise zu, bei der Gelingen oder Mißlingen in gleicher Weise möglich ist. Vor Allem wird man den Eindruck festhalten müssen, daß von Rom wie von Berlin aus unermüdlich an einer Annäherung gearbeitet wird.

Was doch zusammengefabelt wird! Das officiöse „Braunschweigische Tageblatt" bringt eine Mittheilung, die wohl auf Regierungsquellen zurückzuführen ist, nach der alle Gerüchte über Abdication, Thronentsagung, Militärconvention ꝛc. völlig haltlos wären. Nichts derart wäre von maßgebender Stelle geplant. Gleichzeitig wird officiös aus Karlsruhe berichtet, daß man dort von der mehr bezeichneten Abdication „Nichts wisse".

Die Vorarbeiten für die Vornahme der nächsten Landtagswahlen in Bayern sind im Ministerium bereits vollendet und es ist namentlich die Eintheilung der Wahlkreise und die Festsetzung der Zahl der in jedem Wahlkreise zu wählenden Abgeordneten bereits erfolgt. Wie bairische Blätter schreiben, wird, da einestheils mehrere Abgeordnete von beiden Parteien eine Wiederwahl abgelehnt haben, anderseits manche Wahlkreise an ihren bisherigen Vertretern nicht festhalten werden, die neue Kammer zum großen Theile aus neuen Mitgliedern bestehen. — Bezüglich des Abschlusses des nächsten Budgets bemerkte der Finanzminister v. Riedel in der Sitzung des Steuerausschusses der Kammer der Reichsräthe, daß Ausfälle bei den Forsten und den Zöllen eingetreten seien, anderseits bestehe die Gewißheit, um vier Millionen mehr Matricularbeiträge zahlen zu müssen.

Man schreibt uns aus Wien vom 19. d.: Unser politischer Bandwurm, der endlose Nationalitätenzank, treibt doch recht wunderliche Blüthen. Gestern, am zweiten Osterfeiertage, ging es in Brünn recht wild und widerwärtig her. Deutsche und Czechen regalirten sich gelegentlich einer Volksversammlung mit einer Fluth von Schimpfworten, ja man war schon nahe daran, sich gegenseitig tüchtig durchzuhauen, wenn nicht im entscheidenden Moment die Polizei Ordnung geschafft hätte. Und warum das Alles am Ostermontage? Man sollte es kaum glauben: wegen eines — Irrenarztes! Die Brünner Czechen sind außer sich, daß der mährische Landesausschuß einen czechisch versteht. „Wie wird er denn unsere Irrsinnigen behandeln", schrien die Czechen, „wenn er sie nicht versteht?" Um diese „nationale" Frage gründlich zu lösen, wurde eine Volksversammlung einberufen, welcher der czechische Reichsrathsabgeordnete Dr. Kusy präsidirte. Auch viele Deutsche gingen hin und Tumult und Spektakel ließen nicht lange auf sich warten. „Hinaus mit den Deutschen! Vereat den Wenzelin!" (Czechen), schrie man von allen Seiten, während sich mehrere hundert Fäuste drohend erhoben. Nachdem wieder etwas Ruhe eingetreten war, verlas der Vorsitzende einen allerdings wenig taktvollen Artikel des deutschen „Brünner Tagesboten", in dem die Czechen mit Vaganten, Hottentotten und Buschmännern verglichen wurden. Nun brach der Sturm erst recht los. Die Czechen, welche die Mitte der Versammlung einnahmen, stürzten in geschlossenen Reihen nach dem Hintergrunde, wo die Deutschen sich befanden. Die Polizei trat dazwischen, hatte aber große Mühe, die feindlichen Schlachthaufen zu trennen. Nach furchtbarem Tumult und Geschrei wurde endlich die Versammlung geschlossen, ohne jene wichtige „nationale" Frage gelöst zu haben.

Aus Prag wird ein czechische Manifestation gemeldet, die gelegentlich der Ankunft des böhmischen Regimentes „Baron Mondel" in Scene gesetzt wurde. Das Regiment, welches jetzt in Prag verbleiben wird, ward im Bahnhofe von der czechischen Bevölkerung mit stürmischen Slava-Rufen empfangen. Die Regimentsmusik spielte zwei Nationalstücke: „Kde domow muj?" (Wo ist meine Heimath?) und „Hej Slovane!" (Auf ihr Slaven!). Officiere und Mannschaften wurden von czechischen Bürgern und Bauern bewirthet. Dr. Klaudy hielt an den Oberst des Regiments eine czechische und deutsche Ansprache.

Wie uns aus Krakau telegraphisch gemeldet wird, sind dort aus Petersburg Mittheilungen eingegangen, nach denen der neu gebildete Sicherheitsrath seine Sitzungen eingestellt hätte. Es sich doch bereits die Nachricht verbreitet, daß die definitive Auflösung des Sicherheitsrathes beschlossen worden sei. Gleichzeitig wird aus der russischen Hauptstadt gemeldet, die Regierung habe mit England Verhandlungen wegen der Auslieferung Hartmann's angeknüpft. — Kaiser Alexander III. soll entschieden erklärt haben, daß eine Verfassung nach westeuropäischem Muster für Rußland nicht tauge. Er werde aber im gegebenen Moment umfassende Reformen einführen, wie sie dem Wesen des Kaiserreiches und dem russischen Volke entsprechen. — Der Bau der russischen Befestigungen an der deutschen Grenze soll auf Befehl des Zaren eingestellt worden sein.

Wie officiös aus St. Petersburg verlautet, ist Herr v. Saburow in der That mit der Aufgabe betraut gewesen, sich mit dem Fürsten Bismarck über das in der Asylfrage, der Erklärung des Fürstenmordes als gemeines Verbrechen und der Auslieferung von Fürstenmördern einzunehmende Verhalten zu verständigen. Die russische Regierung sei jedoch entschlossen, diesfalls keine Repressiv-Maßregeln zu ergreifen, sondern auf die gemeinschaftlichen Interessen der verschiedenen Staaten in dieser Frage zu vertrauen. Es sei möglich, daß eine Verständigung über diese Frage zwischen den Cabinetten, wenn nicht im Wege der diplomatischen Correspondenz, mittelst einer gemeinsamen Conferenz werde angebahnt werden. — Abermals sind zwei wichtige Verbrecher, so melden die Moskauer „Wjedomosti", Dank der bewunderungswürdigen Energie des Petersburger Stadthauptmannes, Generals Baranow, in die Hände der Polizei gefallen. Unter solchen Umständen ist es nicht leicht zu verstehen, daß General Baranow von dem Stadthauptmannsposten entheben und durch den früheren Stadthauptmann von Odessa, General Heinz, ersetzt werden soll. — Zur Beglückwünschung des Fürsten Gortschakow, der am 27. April sein 25jähriges Jubiläum als Minister des Aeußern feiert, sollen sich Baron Jomini und Baron Frederiks von Petersburg nach Nizza verfügen. Man erwartet, daß der Fürst bei dieser Gelegenheit seine Entlassung geben werde, doch ist über die Person seines Nachfolgers noch Nichts bekannt. — Fortdauernd hegt man in St. Petersburg Befürchtungen wegen Unruhen